

Luxemburg, 15. Juni 2024

Beschluss „Verbesserung der Mechanismen für die Beteiligung junger Menschen am politischen Leben“

Einzelbeschluss – Niels Huberty
(Übersetzte Fassung)

In den letzten Jahren haben das Jugendparlament und andere Organisationen und Institutionen viel bewirkt, indem sie die Politik für die Bevölkerung insgesamt und insbesondere für junge Menschen zugänglicher gemacht und versucht haben, wichtige, aber manchmal sehr kompliziert erscheinende Themen verständlich darzustellen.

Auch wenn dieser Ansatz in den letzten Jahren gut funktioniert und er es ermöglicht hat, Menschen für diesen Bereich zu gewinnen, die dort vorher nicht vertreten waren, ist es nun an der Zeit, eine Bilanz der Entwicklung zu ziehen und zu analysieren, wie die luxemburgische Regierung und Einrichtungen wie Schulen eingebunden werden könnten, um junge Menschen stärker in ihre Entscheidungsprozesse zu integrieren, aber auch um auf die Bedeutung von Konzepten wie der demokratischen Entscheidungsfindung, der sozialen Gleichheit und Inklusion oder der Achtung der Grundrechte aufmerksam zu machen.

Der vorliegende Beschluss formuliert eine Reihe von strukturellen Verbesserungsvorschlägen für die Beteiligung junger Menschen am politischen Prozess und die Art und Weise, wie sie sich Gehör verschaffen können. Xavier Bettel hat es so ausgedrückt: „Luxemburg ist keine repräsentative, sondern eine partizipative Demokratie.“ Der vorliegende Beschluss will diese Partizipation verbessern, um unsere Regierungsführung noch inklusiver und demokratischer zu gestalten.

In Erwägung nachstehender Gründe:

- A. Das Jugendparlament erkennt an, dass die luxemburgische Regierung, die Schulen, die Zivilgesellschaft und weitere Akteure bereits viel unternommen haben, um jungen Menschen politische Fragen nahezubringen und sie über die Möglichkeiten einer aktiven Bürgerschaft zu informieren, jedoch noch viel Verbesserungspotential besteht.
- B. Das Jugendparlament bedauert, dass Protestaktionen und öffentliche Demonstrationen zwar zu den tragenden Säulen unserer Demokratie gehören, unser Bildungssystem die Schüler*innen jedoch nicht ausreichend über ihre Rechte und Pflichten sowie den allgemeinen Rechtsrahmen für die Organisation von oder die Beteiligung an solchen Veranstaltungen aufzuklären scheint.
- C. Das Jugendparlament stellt mit Bedauern fest, dass einige junge Menschen aufgrund von Sprachbarrieren Schwierigkeiten zu haben scheinen, an bestimmten Aktivitäten und verschiedenen politischen Programmen teilzunehmen.
- D. Das Jugendparlament ist betrübt, dass einige junge Menschen die Notwendigkeit politischer Strukturen wie der Europäischen Union nicht verstehen und glauben, dass alle auf so hoher Ebene getroffenen Entscheidungen ihr Leben nicht oder nur abstrakt betreffen.
- E. Das Jugendparlament stellt fest, dass es trotz verschiedener bestehender Strukturen, in denen sich junge Menschen über Politik und die künftige politische Ausrichtung des Landes austauschen können, offensichtlich einen Mangel an Möglichkeiten für diejenigen gibt, denen es schwerfällt, sich öffentlich auszudrücken oder die zu schüchtern sind, um dies zu tun, was zu Schwierigkeiten für diese Menschen führt.
- F. Das Jugendparlament bedauert, dass die Medienkompetenz der jungen Generation in unseren Schulen abzunehmen scheint und dass es für junge Menschen offensichtlich immer schwieriger wird, korrekte und verlässliche Informationen im Internet zu finden.
- G. Das Jugendparlament befürchtet das Risiko eines sozioökonomischen Ungleichgewichts in bestimmten Organisationen und Entscheidungsprozessen, was einige junge Menschen von der Beteiligung an diesen Prozessen abhalten könnte.

Das Jugendparlament:

1. ruft die luxemburgische Regierung dazu auf, ihre Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren zu intensivieren, um den demokratischen Prozess für junge Menschen zugänglicher zu machen.
2. fordert, dass die Rechte von Demonstrationsteilnehmer*innen Schüler*innen jedes Mal erklärt werden, wenn im Land eine Reihe von Demonstrationen stattfindet. Diese Erklärungen sollten im Rahmen eines vom Schulpersonal oder den Lehrkräften organisierten Workshops während der Unterrichtszeit erfolgen und ein freiwilliges Angebot für die Schüler*innen darstellen. Die Schüler*innen sollten das Recht haben, einen solchen Workshop über die Schülervvertretung bei der Schulleitung einzufordern. Die Schule muss diese Bitte innerhalb von zwei Wochen erfüllen.
3. fordert, dass für alle von der Regierung finanzierten Aktivitäten im Jugendbereich Verdolmetschung vorgesehen wird und dass die Sprachen, in denen sich die Moderator*innen und Organisator*innen der Veranstaltung oder des Projekts äußern, eindeutig angegeben werden, um sicherzustellen, dass die Teilnahme an solchen Ereignissen nicht durch mögliche Sprachbarrieren behindert wird.
4. fordert, dass das Schulsystem unserem politischen System, der Wichtigkeit einer aktiven Beteiligung der Bürger*innen und unseren gemeinsamen Werten als EU-Bürger*innen in seiner Unterrichtspraxis größere Bedeutung beimisst und die Schulen und Bildungseinrichtungen darüber hinaus ermutigt, inner- oder außerhalb des Unterrichts zusätzliche Kurse, Aktivitäten oder Programme zu diesen Themen anzubieten.
5. ermutigt das Bildungssystem, den Schwerpunkt stärker auf die Notwendigkeit zu legen, den Schüler*innen beizubringen, sich öffentlich zu äußern und ihnen Räume zur Verfügung zu stellen, wo sie in einer sicheren und angenehmen Umgebung wie in Debattierclubs lernen können, ihre Überzeugungen auszudrücken.
6. bittet das Ministerium für Bildung und die verschiedenen Bildungseinrichtungen, den Schüler*innen stärker beizubringen, kompetent mit Medien umzugehen und ihre Informationen aus vertrauenswürdigen Quellen zu beziehen.
7. empfiehlt der Regierung, auf allen Ebenen der politischen Vertretung mehr Programme und Projekte für gesellschaftliche und wirtschaftliche Vielfalt sowie Inklusion zu finanzieren.

Abschließend begrüßt das Jugendparlament die bisher von der Regierung geleistete Arbeit zur Verbesserung der Einbeziehung junger Menschen in den politischen Prozess. Allerdings gibt es nach wie vor einige Schlüsselbereiche, in denen diese Initiativen noch ergänzt werden könnten, insbesondere die Bereiche soziale und sprachliche Inklusion. Die jungen Menschen müssen auch besser über die demokratischen Prozesse, denen ihr Leben unterliegt, aufgeklärt werden und ihre Rechte kennen, so dass sie sich im demokratischen Rahmen zu Wort melden können.

Indem wir unsere jungen Menschen informieren und aufklären, machen wir unsere Demokratie und die Systeme zu ihrem Schutz widerstandsfähiger und sorgen dafür, dass künftige Generationen über größere Freiheiten und bessere Chancen verfügen als wir.

Die Einbeziehung junger Menschen in alle Ebenen der politischen Entscheidungsfindung ist der Schlüssel für die Gestaltung einer demokratischen und inklusiven Gesellschaft für die Generationen, die uns folgen.